

## Berner Politik

# Erfreuliches für Graubünden

### Magdalena Martullo\*

über die  
eidgenössische  
Herbstsession



Dieses Mal ging es in der Session in Bern bunt zu und her – wie man das im Herbst erwarten kann. Insbesondere für den Tourismuskanton Graubünden konnten wir einiges erreichen. Bundespräsident Parmelin kündigte ein breites Unterstützungsprogramm für den Tourismus an und der Nationalrat genehmigte ein Impulsprogramm zur Sanierung der Beherbergungsbetriebe im alpinen Raum. Die SVP-Vorstösse zum Ausstieg aus den Coronamassnahmen wurden vom Rat aber abgelehnt. Wenigstens konnten wir eine Mehrheit für eine Revision des Pandemiegesetzes gewinnen. Dort können wir dann hoffentlich den Freiraum für die eigenmächtigen Entscheidungen des Bundesrates wieder beschränken.

Über Nacht mussten wir beim Bundesrat die nicht funktionierende Zertifikatsregelung des BAG für Drittstaaten-Touristen durch eine praktische Übergangslösung ersetzen. Die zwischenzeitlich gestrandeten Reisegruppen und

viele vor den Kopf gestossenen Staatsdelegationen konnten damit wieder empfangen werden. Auch das WEF erhielt Unterstützung. So wurde der damit verbundene Armeeeinsatz klar genehmigt.

Um besonders viel Geld (120 Millionen Franken) ging es für Graubünden bei den Wasserzinsen, die wir geschickt bis 2030 verlängern konnten. Obwohl das CO<sub>2</sub>-Gesetz vom Volk abgelehnt worden war, überwies der Rat aber, wie wenn es keinen Volksentscheid gegeben hätte, eine Benzinpreiserhöhung von 3,5 Rappen pro Liter und neue Diesel- und Heizöl-Preisaufläge. In der Wandelhalle wurde über die Affäre Berset diskutiert und die Aufsichtsbehörde über die Bundesanwaltschaft versprach eine Untersuchung. Nicht etwa wegen übergebührlichem Staatseinsatz von Bundesrat Berset, nein, wegen möglicher Indiskretionen von Staatsanwältinnen und Staatsanwälten!

Nach zahlreichen erfolglosen Anläufen wählte die vereinigte Bundesversammlung endlich einen neuen Bundesanwalt. Grosszügig und wohlwollend behandelte das Parlament die Forderung der EU nach 1,3 Milliarden Franken, der sogenannten «Kohäsionsmilliarde». Immer wieder betonten Befürworter und Bundesrat Cassis, die Zahlung erfolge freiwillig, ohne die Erwartung von Gegen-

leistungen und allein in der Hoffnung, ein positiveres «Klima» zu schaffen in den Beziehungen zur EU. Auf den Entscheid der Zahlung reagierte die erpresserische EU prompt: Sie forderte bereits eine nächste Zahlung!

Bei den SVP-Anfragen an den Bundesrat zur Wolfsregulierung und zur Bewirtschaftung der Alpen verwies dieser auf die Ablehnung des Jagdgesetzes und dass er seinen Spielraum im Rahmen der Verordnung ausgeschöpft habe. Wir haben deshalb einen neuen Anlauf für eine Gesetzesänderung genommen. Hoffentlich dauert es nicht so lange wie die unterirdische Rohrpost durch die Schweiz, die die gesetzliche Grundlage soeben erhielt. Für den anstehenden Winter wurde uns vom Bundesrat schriftlich versichert: Die Regeln in Skigebieten bezüglich Coronamassnahmen bleiben den Kantonen überlassen. Sie können diese Kompetenz auch an Betreiber delegieren, es wären also sogar individuelle Regelungen möglich! Die Regierung in Graubünden kann (und muss) also selbstständig handeln, ohne eine Bundesregelung zu verlangen. Unverständlich, weshalb sie das nicht schon lange gemacht hat. Fehlt es ihr am nötigen Mut und Engagement in dieser wichtigen Sache?

\* Magdalena Martullo ist SVP-Nationalrätin. In der Rubrik «Berner Politik» kommen die Bündner Mitglieder der eidgenössischen Räte abwechselnd zu Wort.